

A stylized map of Azerbaijan composed of a grid of dots. Most dots are grey, but several are red, highlighting specific regions or cities. The map is positioned in the background behind the title and subtitle.

Politische Entwicklungen in Aserbaidtschan

Ein Blick hinter die Fassade von Stabilität und Wachstum

UWE HALBACH

April 2012

- Aserbaidtschan ist mit einer Bevölkerung von neun Millionen der größte Staat im Südkaukasus und bildet mit seinem Energiesektor das wirtschaftliche Schwergewicht in der Region. Hinter einer Fassade von Stabilität und Wirtschaftswachstum setzt sich sein autoritäres Regierungssystem aber in Widerspruch zu politischen Normen, die zum Beispiel von der Europäischen Union in ihrer Nachbarschafts- und Partnerschaftspolitik an die Staaten im Südkaukasus herangetragen werden.
- Die nachsowjetische Verfassung Aserbaidtschans von 1995 postuliert fundamentale Menschen- und Bürgerrechte und politische Gewaltenteilung. Hinter der Verfassungsfassade entfaltete sich jedoch eine Präsidialautokratie mit dynastischer Herrschaftsfolge innerhalb der Alijew-Familie. Da entstand ein neopatrimoniales System, das von Loyalität gegenüber der Präsidentenfamilie, aber auch von Ämterkauf und systemischer Korruption geprägt ist. Internationale Menschenrechtsberichte zu Aserbaidtschan verweisen auf politische Gefangene, Einschränkungen von Meinungs- und Versammlungsfreiheit und andere Missstände.
- Neuere Entwicklungen in der näheren und weiteren Umgebung Aserbaidtschans werfen mit der Anfechtung autoritärer Herrschaft auch für das politische System in diesem Land Fragen auf. Das Feld regimekritischer Akteure hat sich auch in Aserbaidtschan verändert, ist unübersichtlicher und jünger geworden, ist nicht mehr auf marginalisierte Oppositionsparteien beschränkt und entfaltet sich zunehmend in einer politischen Blogosphäre.

Im Mai 2012 wird Aserbaidschan im Mittelpunkt europaweiter Aufmerksamkeit stehen und in seiner Hauptstadt Baku die Bühne des *Eurovision Song Contests* präsentieren. Doch auch mit anderen Projekten ist Aserbaidschan wie kaum ein anderer nachsowjetischer Staat bemüht, sich nach außen glanzvoll darzustellen. Die vorliegende Länderanalyse soll hinter diese Fassade schauen – auf ein Land, das sich nach einem turbulenten Eintritt in die staatliche Unabhängigkeit und im Schatten des ungelösten Berg-Karabach-Konflikts mit seinem Nachbarn Armenien stabilisieren konnte und mittlerweile ein beeindruckendes Wirtschaftswachstum aufweist. Gleichzeitig stellt sein autoritäres Herrschaftssystem Herausforderungen an eine europäische Nachbarschaftspolitik, die demokratische Gewaltenteilung, Zivilgesellschaft und den Respekt vor Menschenrechten fördern möchte. Die amtierende Machtelite um Präsident İlham Aliyev präsentiert Stabilitätswahrung und Wirtschaftswachstum als ihre zentralen Leistungsnachweise. Doch wie nachhaltig ist diese Stabilität angesichts der sicherheitspolitischen Risiken, die sich aus dem ungelösten Karabach-Konflikt oder der Nachbarschaft zu einem Land wie Iran ergeben? In der vorliegenden Analyse stehen die internen Herausforderungen im Mittelpunkt: die formellen und informellen Machtstrukturen in einem postsowjetischen Staat, in dem erstmals eine dynastische Herrschaftsübertragung vom Vater auf den Sohn erfolgte, die Entwicklungen in Wirtschaft und Gesellschaft des rohstoffreichen Landes, die neuen politischen Kommunikations- und Aktionsfelder innerhalb der Zivilgesellschaft sowie die Menschenrechtsbilanz und ein nicht nur auf »Energiepartnerschaft« beschränktes Verhältnis zur Europäischen Union.

Stabilität als Aushängeschild der Aliyev-Dynastie

Mit mehrjähriger Unterbrechung steht seit vier Jahrzehnten die Familie Aliyev an der Spitze der politischen Führung Aserbaidschans. Seit 1969 leitete Haidar Aliyev (1923–2003) die Kommunistische Partei in der aserbaid-schanischen Unionsrepublik, bevor er 1982 ins sowjetische Machtzentrum aufstieg. Im Oktober 1993 wurde er zum Präsidenten des unabhängig gewordenen Aserbaidschan gewählt und sicherte seinem Sohn İlham die Nachfolge in diesem Amt. Als Aushängeschild präsentiert die Aliyev-Dynastie die Wiederherstellung und Wahrung von Stabilität. 1991 hatte Aserbaidschan seine Unabhängigkeit in einem fragilen Zustand betreten, sodass die frühe

nachsowjetische Phase unter einer demokratischen Volksfrontregierung mit wirtschaftlichem Niedergang, politischen Machtkämpfen und der militärischen Niederlage im Karabach-Konflikt einherging. Das heutige Aserbaidschan steht in einem starken Kontrast zu dieser frühen Periode der staatlichen Unabhängigkeit und zeichnet sich vor allem durch das hohe Wirtschaftswachstum aus. Dementsprechend konnte sich die Machtelite nach der Rückkehr Haidar Aliyews besonders mit der Wiederherstellung und Wahrung von Stabilität rühmen.

Im politischen Kontext meint Stabilität aber vor allem Regimekontinuität und die Unanfechtbarkeit der herrschenden Machtelite. In Meinungsumfragen bringt eine Mehrheit der Befragten (67,5 Prozent) eine paternalistische Auffassung von Staatsgewalt zum Ausdruck, wonach die Regierung für die Gesellschaft sorgt wie Eltern für ihre Kinder. Ob die Machtelite sich allerdings langfristig darauf verlassen kann, von der Gesellschaft so selbstverständlich mit Stabilitätswahrung assoziiert zu werden, dass diese auf eine politische Partizipation verzichtet, steht jedoch infrage. Das Jahr 2011 hat diesbezügliche Gewissheiten weltweit erschüttert – in der unmittelbaren Nachbarschaft Aserbaidschans zuletzt mit Demonstrationen gegen das Herrschaftsmonopol Wladimir Putins, das seine Legitimation ebenfalls mit der Wiederherstellung von Stabilität, Wirtschaftswachstum und gesteigerter internationaler Geltung Russlands verbunden hatte. Im Umfeld des »arabischen Frühlings« wurde Stabilität als zentrales Legitimationsmittel autoritärer Herrschaft infrage gestellt. Auch in Aserbaidschan bleibt sie nicht unangetastet. Im Februar 2012 führten Unruhen in der Provinz Quba im Nordosten des Landes zum Sturz des von der Zentralregierung eingesetzten Gouverneurs. Dies war die größte Protestaktion seit den von Sicherheitskräften niedergeschlagenen Demonstrationen im Jahr 2003 gegen die mutmaßlich manipulierten Präsidentschaftswahlen, durch die İlham Aliyev die Macht erlangte.

Das politische System: Formelle und informelle Strukturen

Die nachsowjetische Verfassung Aserbaidschans von 1995 postuliert sowohl fundamentale Menschen- und Bürgerrechte als auch die Gewaltenteilung, legt das Schwerkgewicht politischer Macht jedoch auf das Amt des Präsidenten. Im Jahr 2002 bereitete Haidar Aliyev

durch Verfassungsänderungen die Nachfolge seines Sohnes als Präsident vor und verlieh der Präsidialautokratie, die sich in den meisten sowjetischen Nachfolgestaaten etabliert hatte, damit eine dynastische Ausprägung. Nachdem die Herrschaftsübertragung ein Jahr später abgeschlossen war, sicherte sich İlham Alijew im Jahr 2009 per Referendum das Recht, mehr als zwei Mal als Präsident zu kandidieren. Seine Amtsfülle umfasst das Recht, Neuwahlen des Parlaments anzuordnen, den Premierminister und die Kabinettsmitglieder zu ernennen, Gesetze zu initiieren und Dekrete zu erlassen, die exekutiven Organe auf allen Verwaltungsebenen zu kontrollieren, Kandidaten für das Verfassungsgericht, für die Generalstaatsanwaltschaft und andere Justizorgane zu bestimmen, die Armeeführung zu ernennen und das Kriegsrecht zu verhängen. Zunehmend entfalteten sich hinter der Verfassungsfassade informelle Machtstrukturen und »clanhafte« Netzwerke, die sich in politischen und ökonomischen Machtpositionen einrichteten. Die meisten Regierungsmitglieder sind zugleich hochrangige Geschäftsleute. In der Präsidentenfamilie erreicht der Mix aus politischer und wirtschaftlicher Macht einen Höhepunkt: Sowohl die Frau als auch die Töchter des Präsidenten stehen weit verzweigten Firmenimperien vor.

Dieses neopatrimoniale System ist vor allem durch Loyalität gegenüber der Präsidentenfamilie geprägt, aber auch durch Ämterkauf und Korruption. Im Korruptionswahrnehmungsindex von *Transparency International* für 2011 steht Aserbaidschan auf Rang 143 – gemeinsam mit Russland, Belarus und einigen afrikanischen Staaten. Damit schneidet es weit schlechter ab als beispielsweise sein Nachbar Georgien (Rang 64), besser jedoch als die zentralasiatischen GUS-Staaten. Während die alltägliche Korruption in Georgien nach der »Rosenrevolution« spürbar zurückgedrängt wurde, sind die Bürger Aserbaidschans mit einer Korruption konfrontiert, die sich durch weite Bereiche von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft zieht.

In der Machtelite, die Vater Haidar seinem Sohn İlham hinterlassen hat, konnte sich der noch recht junge Präsident durchsetzen – entgegen anderslautenden Prognosen, die ihn als politisch unerfahren eingeschätzt hatten. İlham Alijew überlässt aber seinem Vater den Vorrang in der politischen Ikonografie des Landes: Überall Haidar als Vaterfigur! Abgesehen von Turkmenistan wurde die Präsidentenikone in keinem postsowjetischen Staat so prominent ausgestellt wie in Aserbaidschan. Sie soll Sta-

bilität und Kontinuität symbolisieren. Auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2012 bezog Präsident Alijew Stellung zu einem Vergleich zwischen dem politischen System seines Landes und dem in Ägypten unter Mubarak, den der Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik Volker Perthes in einer Frage aufgeworfen hatte. Präsident Alijew stellte strikt in Abrede, dass sich in seinem Land Unruhen wie in Ägypten entfalten könnten und zählte die sozialökonomischen Fortschritte auf, die Aserbaidschan unter seiner Amtsführung seit 2003 gemacht hat. Doch gerade angesichts dieser Erfolgsliste, die eine hohe Output-Legitimität der amtierenden Führung ausweisen soll, stellt sich die Frage, warum diese Führung dann nicht gewillt ist, mehr Liberalität, Pluralität, Offenheit gegenüber Kritik sowie freie und faire Wahlen zu wagen, wo sie doch kaum zu befürchten hat, in solchen Wahlen durch regimekritische Kräfte weggefeht zu werden.

Wirtschaft und Gesellschaft

Aufgrund seines Exportpotenzials an Energierohstoffen, das erst nach dem Amtsantritt İlham Alijews und der Inbetriebnahme der lange geplanten Ölpipeline von Baku über Georgien bis zur türkischen Mittelmeerküste zur vollen Entfaltung kam, bildet Aserbaidschan das wirtschaftliche Schwergewicht im Südkaukasus. Mit jährlich rund 25 Prozent verzeichnete es vorübergehend die höchste BIP-Wachstumsrate weltweit. Dieses Wachstum ist jedoch hochgradig vom Energiesektor abhängig, der sich – zumindest bei den Erdölvorkommen – in absehbarer Zeit erschöpfen wird. Die politischen und wirtschaftlichen Konsequenzen des »energy honeymoon« werden eher kritisch bewertet. So wird ein obstruktives Verhältnis zwischen Öl und Demokratie festgestellt und vor der Verfestigung von Petro-Ökonomie und Petro-Staatlichkeit gewarnt. Auch aserbaidsschanische Regierungsvertreter bestätigen, dass die Hauptaufgabe der politischen Führung darin liege, die Grundlage für das Wachstum über den Energiesektor und die Hauptstadt Baku hinaus zu erweitern und die Wirtschaft zu diversifizieren. Auf diesem Weg konnten auch bereits Fortschritte erzielt werden, sodass die Wirtschaft außerhalb des Energiebereichs zuletzt hohe Wachstumsraten verzeichnete. Doch auch hier bestehen warnende Anzeichen von Überhitzung und Verzerrung. Aus dem Nicht-Energie-Sektor ragt vor allem die Baubranche heraus, die besonders in Baku einen wahren Boom erlebt.

Die Regierung investierte einen beträchtlichen Teil der rohstoffgetriebenen Exporteinkünfte in militärische Aufrüstung und steigerte die Militärausgaben im Umfeld des ungelösten Karabach-Konflikts seit 2004 um das Zwanzigfache. Allerdings setzte sie das Wirtschaftswachstum auch in Armutsreduktion um: Mit 375 US-Dollar besitzt Aserbaidsschan ein deutlich höheres monatliches Pro-Kopf-Einkommen als seine beiden Nachbarn im Südkaukasus. Hinter derartigen statistischen Durchschnittswerten verbergen sich freilich gravierende Einkommensunterschiede zwischen den Bevölkerungsgruppen und den Regionen des Landes. Zwischen der Erdölmetropole Baku und dem Rest Aserbaidsschans klafft nach wie vor ein starkes Entwicklungsgefälle. Der Wirtschaftsaufschwung, der sich im Energiesektor und im Bau-Boom manifestiert, bescherte der Bevölkerung gravierende Preissteigerungen. Das Wirtschaftsleben ist von einem oligarchischen Kapitalismus, einem Mangel an Wettbewerb sowie der schon erwähnten Korruption geprägt, die auch dafür verantwortlich ist, dass die Preise sowohl für importierte Waren als auch für einheimische Produkte durch Schmiergeldzahlungen verzerrt werden.

Unter den *vulnerable groups* in der Gesellschaft Aserbaidsschans ragen in der nachsowjetischen Entwicklung vor allem die Flüchtlinge und Binnenvertriebenen (*internally displaced persons*, IDP) hervor, die im Zuge des Karabach-Konflikts aus ihrer Heimat vertrieben worden sind – aus Armenien, aus Berg-Karabach und besonders aus den sieben von armenischen Truppen eroberten Provinzen an der Grenze dieses abtrünnigen Landesteils. Aserbaidsschan hatte nach der massiven Kriegsphase dieses Konflikts (1992–1993) weltweit den höchsten Anteil von Vertriebenen an der Gesamtbevölkerung eines Staates zu beklagen. Auch heute macht dieser Bevölkerungsanteil noch sieben Prozent der Gesamtbevölkerung des Landes aus. Lange Zeit lebte ein großer Teil der Flüchtlinge und Vertriebenen in Zelten, Eisenbahnwaggons und anderen behelfsmäßigen Behausungen, sodass bereits der Verdacht geäußert wurde, der Staat würde ihnen die Integration in die Gesellschaft verweigern, um ihre Not als Druckmittel in den Konfliktverhandlungen um Berg-Karabach zu nutzen. In den letzten Jahren bemühte sich die Regierung jedoch um eine Verbesserung der Lage und investierte in neue Unterkünfte und soziale Hilfsleistungen für die Flüchtlinge und Vertriebenen. Derzeit leistet sie mit gut drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts sogar die weltweit stärkste finanzielle Unter-

stützung für Flüchtlinge und Vertriebene. Gleichwohl leben weiterhin etwa 400.000 Menschen in unsicheren, teilweise prekären Verhältnissen.

Zivilgesellschaft

Für die Entfaltung der Zivilgesellschaft setzt der Staat nicht gerade günstige Rahmenbedingungen. So beklagte die Europäische Union im Rahmen ihrer Nachbarschaftspolitik die mangelnde Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Organisationen in die Vorbereitung ihres Aktionsplans für Aserbaidsschan. Gleichwohl existieren Nichtregierungsorganisationen (NRO), die einschlägigen EU-Initiativen Anknüpfungspunkte bieten. Zwar ist von den angeblich 3.000 registrierten Gruppen nur eine kleine Minderheit wirklich sichtbar und aktiv, jedoch zeigt sich in Bereichen wie Medienrecht, Bildung oder Jugendarbeit ein unterstützenswertes Engagement. Bei aller Abwehrhaltung staatlicher Stellen gegenüber Kritik an der Menschenrechtsbilanz Aserbaidsschans leisten einige Menschenrechtsorganisationen effektive Arbeit. Im Vorfeld des *Eurovision Song Contests* und als Gegengewicht zum Umgang der Staatspropaganda mit diesem Ereignis bildete sich eine *Sing for Democracy*-Bewegung aus Bürgerrechtsaktivisten. Ihr Mitbegründer Rasul Jafarow wünscht sich, dass beim *Eurovision*-Spektakel »nicht nur der glitzernde Teil von Baku gesehen wird«.

Mit vereinten Kräften und unterstützt von der internationalen Öffentlichkeit verhinderte der zivilgesellschaftliche Sektor im Sommer 2009, dass die Regierung das »Gesetz über Nichtregierungsorganisationen« durch Ergänzungen drakonisch verschärfte. Dabei hatte die Regierung zuvor noch den Eindruck erweckt, die Entwicklung dieses Sektors zu fördern. 2008 hatte Präsident Alijew einen *Rat für die staatliche Unterstützung von Nichtregierungsorganisationen* ins Leben gerufen. Von entsprechender Förderung haben NROs vor Ort allerdings wenig zu spüren bekommen. Die meisten sind vollständig auf finanzielle Unterstützung aus dem Ausland angewiesen, obwohl ihr eigener Staat seine finanziellen Kapazitäten enorm ausgeweitet hat. 2010 machte die finanzielle Unterstützung dieses Sektors gerade einmal 0,03 Prozent des Staatsbudgets aus. Wo der Staat finanzielle Unterstützung leistet, handelt es sich zumeist um NROs, die nicht wirklich unabhängig, sondern in ihrer Arbeit von der Regierung beeinflusst sind.

Neue politische Kommunikations- und Akteursfelder

Wie in anderen postsowjetischen Staaten ist die Internet-Nutzung in den letzten fünf Jahren auch in Aserbaidschan geradezu explodiert. Bereits im Jahr 2009 lag sie bei 27 Prozent. Was die Zahl der persönlichen Blogs und Facebook-Seiten betrifft, liegt Aserbaidschan noch weit vor Armenien und Georgien. Im Vergleich zu den Funk- und Printmedien blieb die staatliche Kontrolle über Meinungsäußerungen im Internet begrenzt. Nur gelegentlich wurden Webseiten blockiert. Dafür nutzte der Staat aber strafrechtliche Maßnahmen, um gegen unliebsame, regierungskritische Blogger vorzugehen und die politischen Aktivitäten von Jugendbewegungen in sozialen Netzwerken einzudämmen. Die Reaktionen der staatlichen Stellen in diesem Bereich wurden 2009 durch die strafrechtliche Verfolgung der Blogger Emin Milli und Adnan Hajizada, die unter fragwürdigen Anschuldigungen zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden, weit über die Grenzen Aserbaidschans hinaus bekannt. Die Verurteilung löste eine weltweite Kampagne für ihre Befreiung aus, die 2010 zur Haftentlassung der beiden Blogger führte.

Unter dem irritierenden Eindruck des »arabischen Frühlings« blicken die staatlichen Behörden mit gesteigertem Argwohn auf die politische Blogosphäre und die Aktivitäten neuer sozialer Netzwerke in ihrem Land. Das Feld regimekritischer Akteure hat sich zunehmend verändert, ist unübersichtlicher und jünger geworden. Zudem lässt es sich nicht mehr auf »klassische« Oppositionsparteien wie *Müsavat* (Gerechtigkeit) oder die *Volksfront* unter der Führung älterer Herren begrenzen. Die Jugend, auf die 31 Prozent der Bevölkerung Aserbaidschans entfällt, tritt politisch stärker in Erscheinung und könnte im Dialog mit ihren armenischen Altersgenossen künftig auch eine Rolle in dem bislang durch gegenseitige Feindbilder blockierten Dialog über den ungelösten und weiterhin bedrohlichen Konflikt um Berg-Karabach spielen. Im März 2011 riefen soziale Netzwerke und verschiedene Oppositionsparteien zu politischen Aktionen auf. Die Zahl der Demonstranten, die sich auf die Straße wagten, blieb zwar weit von der Manifestation öffentlichen Unmuts auf dem Tahrir-Platz in Kairo entfernt, die Reaktionen der staatlichen Behörden zeigten jedoch eine Alarmstimmung an. So wurden die Demonstrationen gewaltsam aufgelöst und die Versammlungsfreiheit wurde noch stärker eingeschränkt

als zuvor. Demgegenüber kündigten Präsident und Regierung Reformmaßnahmen an, um Protestpotenziale einzudämmen. Präsident Alijew sagte der Korruption in der Staatsverwaltung den Kampf an und verpflichtete die Regierung, die Justiz und die Präsidialverwaltung in einem Dekret vom 27. Dezember 2011, Verbesserungsvorschläge zur Einhaltung international gültiger Menschenrechte und politischer Grundfreiheiten zu erarbeiten.

Menschenrechte

Internationale Menschenrechtsberichte zu Aserbaidschan verweisen auf politische Gefangene, Einschränkungen von Meinungs- und Versammlungsfreiheit sowie andere Missstände. Das Problem politischer Häftlinge ist seit der Niederschlagung von Protestaktionen gegen die Präsidentenwahlen von 2003 akut. Laut Leyla Yunus vom Institut für Frieden und Menschenrechte gab es im Jahr 2011 26 zu Unrecht verhaftete und verurteilte Regimekritiker. Insgesamt sitzen nach ihren Angaben 69 Menschenrechtsaktivisten in Gefängnissen. Der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Markus Löning, zog den Zorn der staatsgeleiteten aserbaidsschischen Medien auf sich, als er in einem Zeitungsinterview forderte, politische Gefangene vor dem *Eurovision Song Contest* zu entlassen, und an die deutschen Beteiligten an dieser Veranstaltung appellierte, sich mit der Lage in Aserbaidschan zu befassen. In seiner Funktion als Sonderbeauftragter des Europarats für politische Gefangene in Aserbaidschan kämpfte der deutsche Abgeordnete Christoph Strässer um eine offizielle Einreiseerlaubnis in das Land.

Neuerliche Beschwerden internationaler Menschenrechtsorganisationen beziehen sich vor allem auf das Bestreben der aserbaidsschischen Führung, aus Baku ein Dubai der kaspischen Region zu machen. Modernisierungsprogramme für die Innenstadt werden ohne Rücksicht auf das historische Antlitz der Stadt und auf seine Bewohner durchgeführt. Die Behörden haben in Nacht- und Nebelaktionen ohne Vorwarnung und juristische Grundlage Familien aus ihren Wohnungen vertrieben und Häuser demoliert. Solche Einsätze betrafen unter anderem Viertel in der Nähe der Kristallhalle, die als grandiose Bühne für den *Eurovision Song Contest* dienen soll und mit deutscher Beteiligung erbaut wurde.

Europa und Aserbaidschan – Nicht nur Energiepartnerschaft!

Für seine Außenwirkung wirft sich Aserbaidschan gewaltig ins Zeug: Es finanziert intensive Lobbyarbeit im Ausland, feiert die Ausrichtung des *Eurovision Song Contest* als einen »Mega-Event« und plant den Bau des höchsten Gebäudes der Welt in der Hauptstadt. Das Land präsentiert sich auf internationaler Bühne äußerst ambitioniert und sieht sich hier vor allem durch die Wahl zu einem nicht-ständigen Mitglied des VN-Sicherheitsrats im Jahr 2011 aufgewertet. Dies kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass sein Regierungssystem im Widerspruch zu politischen Normen steht, welche die Europäische Union in ihrer östlichen Nachbarschafts- und Partnerschaftspolitik an die Staaten des Südkaukasus heranträgt. Auf diesbezügliche Beanstandungen reagiert die Regierung in Baku gerne mit dem Verweis darauf, dass sich eine aufstrebende Wirtschafts- und Energiemacht wie Aserbaidschan nicht von außen belehren lassen müsse.. In seiner »Energiepartnerschaft« mit Europa wähnt sich Aserbaidschan in einer Geberposition und dient damit als anschauliches Beispiel für das Spannungsverhältnis zwischen wertebezogener Außenpolitik und einer an Wirtschaftsinteressen ausgerichteten »Realpolitik«.

So legitim es auch sein mag, Energiesicherheit als einen Kern europäischer Interessen gegenüber Aserbaidschan wahrzunehmen, würde eine einseitige Fokussierung auf dieses Kooperationsfeld weder dem Land noch der kaukasischen Region gerecht, die geostrategisch gerne als Landbrücke und südlicher Transitkorridor definiert wird. So monierten Kritiker, dass Fragen der Konfliktbearbeitung in Stellungnahmen aus Brüssel oft hinter der »Energiepartnerschaft« zurückstehen. Dabei wirken sich ungelöste Regionalkonflikte – wie der um Berg-Karabach – negativ auf alle übrigen Politikfelder und Entwicklungsperspektiven aus und schränken nicht zuletzt die Aussicht auf eine Liberalisierung der politischen Systeme im Südkaukasus ein. Bei der Vermittlung von breiterem Interesse an Politik, Gesellschaft und Kultur Aserbaidschans könnte Deutschland eine wichtige Rolle spielen, da es zum einen Kulturbeziehungen zu Aserbaidschan pflegt und seine Wirtschaftsinteressen zum anderen nicht auf den Energiesektor beschränkt. Dementsprechend sind im Deutsch-Aserbaidschanischen Wirtschaftsverband knapp 120 zumeist mittelständische Unternehmer vertreten, die eine breite Palette von

Wirtschaftsaktivitäten abdecken. Auch das Interesse an Aserbaidschan, das sich mit dem *Eurovision Song Contest* im Mai 2012 verbindet, sollte weiter vertieft werden. Die Veranstaltung wird für kurze Zeit europaweite Aufmerksamkeit auf dieses noch weitgehend unbekannte Land richten – hoffentlich über den Kristallpalast und die glitzernden Fassaden von Baku hinaus.



Über den Autor

Uwe Halbach, Jahrgang 1949, Studium der Osteuropäischen Geschichte und Slawistik in Köln, Promotion zur mittelalterlichen Geschichte Russlands. Von 1986 bis 2000 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Bundesinstitut für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien in Köln, seit 2001 an der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin, Forschungsgruppe Russland/GUS. Forschungsfelder: Sowjetische Nationalitätenpolitik; Nations- und Staatsbildung im postsowjetischen Zentralasien und Kaukasien; Islam im postsowjetischen Raum; Sezessionskonflikte im Kaukasus; Russlands Politik im postsowjetischen Raum. Zahlreiche Buch- und Zeitschriftenpublikationen, zuletzt: Afghanistan in der Politik Russlands und Zentralasiens. Der Truppenabzug vom Hindukusch als Herausforderung für den GUS-Raum; SWP-Studie S 31, November 2011.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Mittel- und Osteuropa
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Ernst Hillebrand, Leiter, Referat Mittel- und Osteuropa

Tel.: ++49-30-269-35-7726 | Fax: ++49-30-269-35-9250
<http://www.fes.de/international/moe>

Bestellungen/Kontakt:
info.moe@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.



ISBN 978-3-86498-114-2